

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (124)

Was die Reaktion erfleht.

Es war voraussehen, daß die tschechische Bourgeoisie, die in der allnationalen Koalition das stärkste Fundament ihrer Alleinherrschaft besaß, sich in diesen Verlust nicht ruhig fügen werde. Sie schreit daher, der Staat sei in Gefahr und es müsse etwas geschehen, um eine feste Mehrheit in Parlamente zu schaffen, auf die sich die Regierung verlassen könne. Unter einer solchen Mehrheit versteht sie nur die alte Koalition, die aber, auch wenn sie wieder aufzuerstehen sollte, sehr schwach wäre; darum solle sie gestärkt werden, und zwar gleich so, daß sie allen Stürmen von innen und außen troge. Eine andere Mehrheitsbildung, die, wenn der Wille, sie zu schaffen, vorhanden wäre, nicht unbefiegbaren Hindernissen begegnen würde, hintertreibt sie, denn sie will nur zwei Möglichkeiten offen lassen: entweder die Wiederkehr einer auf die nationale Entrechtung aller Minderheiten gegründeten Koalition oder den Faschismus. Der Faschismus wäre allerdings der Herzenswunsch der Reaktionsäre aller Schattierungen, und man hält ihn als Drohmittel auch in Evidenz, aber den Faschismus in der Tschechoslowakei etablieren, das wäre ein Experiment, bei dem mit gar manchem Ba banque gespielt werden würde. In Italien war die erschütterte bürgerliche Ordnung die Voraussetzung für die Etablierung der faschistischen Herrschaft, aber wie ließe sich bei uns, wo von einer Erschütterung der bürgerlichen Ordnung keine Rede ist, der Faschismus „moralisch“ rechtfertigen? Weil ein bestimmtes Regierungssystem im Volke keine Bewunderer und keine feste Mehrheit findet, das wäre eine verdammt mögliche Begründung für ein faschistisches Regime. Zudem: Faschismus in einem national zerklüfteten Lande, das ein starkes und politisch entwickeltes Proletariat besitzt, das hieße den Staat selbst den schwersten Gefahren aussetzen. Die tschechische Bourgeoisie hat daher, obwohl auch sie für Mussolini viel Sympathien besitzt, bisher nur geringe Neigung gezeigt, seine Methoden anders als auf sozusagen demokratische Weise nachzuahmen. In letzter Zeit suchen auch die tschechischen Nationalsozialisten Propaganda für den Faschismus zu machen, aber sie wissen, da sie sogar in ihren eigenen Reihen Widerstand fanden, daß sie sich dabei arg die Finger verbrennen könnten, und darum finden sie keinen richtigen Schwung.

Etwas aber muß geschehen, um die tschechische Vorherrschaft zu retten, denn sonst bliebe der Staat nicht mehr die Melkkuh der tschechischen Patrioten und der Tummelplatz der Reaktion. Blicke es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Parlamentes, so wäre der Bestand der wiedererrichteten alten Koalition niemals recht sicher und die Gefahr eines nationalen Ausgleichs würde steigen. Dazu gefügt sich noch ein anderer Grund, der die Machthaber nach einer Korrektur des heutigen Stärkeverhältnisses zwischen Mehrheit und Opposition Ausschau halten läßt. Im Mai des nächsten Jahres muß der Präsident der Republik neu gewählt werden. Für diese Wahl, die gemeinsam vom Abgeordnetenhause und Senat vorgenommen wird, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten und Senatoren und die Dreifünftelmehrheit der Anwesenden erforderlich. Um diese Bedingungen zu erfüllen, müßte, um die Wahl des Präsidenten zu sichern, wenigstens ein Teil der Oppositionsparteien gewonnen werden; denn die aus den alten Koalitionsparteien gebildete Mehrheit allein bietet dafür keine Garantie. Blicke die Opposition ferne, dann gibt es keine absolute Mehrheit der Gesamtzahl der Abgeordneten und Senatoren, nähme dagegen die Opposition am Wahltage durch ihre Anwesenheit teil, so brächten die Koalitionsparteien aus sich selbst keine Dreifünftelmehrheit der Anwesenden auf. Die Wahl des Präsidenten soll aber von ihnen allein abhängig bleiben, auch darum schon halten sie nach einem Mittel Ausschau, das ihrer kniehochwachen Mehrheit auf die Beine helfen würde.

Das nächstliegende ist für manche eine noch malige Neuwahl des Parla-

ments. Diese Idee tauchte schon unmittelbar nach den Wahlen auf, als die Koalitionsparteien, noch ganz verduht über die erlittene Niederlage, das Schlachtfeld überblickten. Das Wahlergebnis hatte sie das einmal schändlich betrogen, nun sollte versucht werden, noch ein zweitesmal es zu erproben, vielleicht würde es sich dann gnädiger zeigen. Das müßte sehr bald geschehen, spätestens im Herbst, denn mit 30. November würde die Frist ablaufen, innerhalb der vor der Präsidentenwahl eine Parlaments-Neuwahl möglich wäre, da nach der Verfassung innerhalb sechs Monaten vor der Wahl des Präsidenten das Haus nicht aufgelöst werden darf. Man kann, wenn man in der Klassenlotterie das einmal nicht den erhofften Treffer gemacht hat, es ein zweitesmal versuchen, aber man sollte doch glauben, daß die Koalitionsparteien von der einen solennen Niederlage genug haben müßten und keinen Anlaß hätten, eine Reprise dieser Niederlage zu wünschen. Daß nach dem erbärmlichen Zusammenbruch der Koalition, nach der Verschleppung der Staatsangelegenheiten, nach allen Steuer- und Ausplünderungsplänen der Regierung bei Wahlen von der Bevölkerung für die Koalitionsparteien mehr Begeisterung aufgebracht würde, das kann nur einem vollkommenen Tölpel einfallen.

Die Erkenntnis, daß Neuwahlen allein der bankrotten Koalitionspolitik nicht aufhelfen könnten, dürfte auch bei manchen Führern der tschechischen Parteien wenigstens im Unterbewußtsein bestehen, darum müßten sie wohl gerne Neuwahlen, aber unter einem geänderten Wahlrecht. Eine Aenderung des heutigen Wahlrechtes, das ist nun der große Königsgedanke für die bürgerlichen Koalitionsparteien. Rettung der Koalition um jeden Preis, sei es auch um die Preisgabe der äußeren Formen der Demokratie, die längst nur mehr deren letzter Rest bildet! Diesen Sehnsüchten hat dieser Tage auch die halbamtliche „Prager Presse“ Ausdruck verliehen, indem sie schrieb:

„Die Ursachen dieser wenig erfreulichen Erscheinungen liegen tiefer als in der oberflächlichen Aeußerung der Verhältnisse. Nicht in letzter Reihe in dem in die Wahlordnung aufgenommenen System. Es zeigt sich, daß mit dem gegebenen Proportionalssystem auf die Dauer kein Auslangen gefunden wird, weil es, ohne Umschweife gesprochen, zu ideal ist.“

Nur nicht „zu ideal“ sein! Von der einstigen Demokratie, die für jeden tschechischen Patrioten ein wahres Auslagestück war, ist nichts zurückgeblieben, als deren äußere Hülle, das Wahlrecht. Nun ist auch dieses zu ideal und die Reaktion, die im Schatten der Koalition hid und fett geworden ist, empfindet es als so lästig, daß es nicht rasch genug weggeräumt werden kann. Von dem in der „Prager Presse“ ausgesprochenen reaktionären Herzenswunsch bis zu seiner Verwirklichung ist noch ein Stück Weg, denn ohne die tschechischen Sozialdemokraten wäre auf parlamentarischem Wege die Beseitigung des Proportionalwahlrechtes unmöglich, ob aber diese so verblendet wären, auch noch diese letzte Ausdrucksmöglichkeit der Demokratie und diesen letzten Akt, auf dem sie selber sitzen, abzugeben, das kann doch nicht so ohne weiteres angenommen werden. Die das Staatsinteresse vorschützende Reaktion hofft, eine Wahlrechtsverschlechterung würde die allnationale Koalition, dieses Schandinstrument der nationalen Unterdrückung, wieder auf bessere Grundlagen stellen und ihre Herrschaft fester verankern. Dabei könnte sich, was dem tschechischen Bürgertum im Eifer, die Demokratie endgültig totzuschlagen, nicht aufzubämmern scheint, freilich etwas ganz anderes ergeben, als diese Bourgeoisie erträumt. Das Wahlrecht ist noch nicht erfunden, das auf die Dauer eine Minderheit vor Niederlagen zu bewahren imstande ist, und eine Wahlrechtsänderung könnte unter Umständen den heutigen Machthabern noch weit unliebsamere Ueberraschungen bereiten, als es die letzten Wahlen waren.

Die Pläne, welche die Reaktion spinn, verraten ihre Verlegenheit. Der tschechische Nationalismus weigert sich hartnäckig, einzu-

sehen, daß ihm kein anderer Weg offen bleibt, als jener, an eine Befundung der Verhältnisse im Staate durch die Einführung demokratischer Rechtszustände zu schreiten. Jeder Nationalismus ist tödlich, zähe und borniert, auch der tschechische, darum muß die Arbeiterschaft seine

Pläne, so toll und verbrecherisch sie auch sind, durchaus ernst aufnehmen. So leichtes Spiel, als sich die Herren das vorstellen, werden sie bei der Durchführung ihrer Absichten jedenfalls nicht haben. Das kann ihnen heute schon verraten werden!

Der Kampf um die Umsatzsteuer in Frankreich.

Beret beharrt auf Erhöhung der Steuer. — Die Sozialisten dagegen.

Paris, 26. März. (Habas.) In der Sitzung der Finanzkommission der Kammer erklärte Finanzminister Beret in seinem Exposé, daß von allen Systemen auf Erhöhung der staatlichen Einnahmen, welche bisher durchstudiert wurden, einzig die provisorische Umsatzsteuer augenblickliche regelmäßige monatliche Einnahmen gewähren könne. Der Minister verworf die von Loucheur vorgeschlagenen Steuern, insbesondere den Vorschlag auf Erhöhung sämtlicher Steuern um zehn Prozent. Beret erklärt zwar seine Bereitwilligkeit, alle Maßnahmen anzunehmen, welche geeignet wären, die notwendigen Einnahmen sicherzustellen, beharrte aber auf der Genehmigung seiner Vorschläge mit der Begründung, daß er es für unmöglich halte, einen besseren Weg zu einer raschen Beschaffung von Einnahmen zu finden. Die Erklärungen des Ministers machten auf die Anwesenden einen günstigen Eindruck.

Nach der Erklärung des Finanzministers kam es zu einer lebhaften Debatte, in der die Sozialisten die Einwendung erhoben, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Umsatzsteuer eine

allgemeine Preissteigerung und Teuerung verursachen werde und daß sie daher aus diesem Vorschlag in der Deputiertenkammer eine politische Frage machen werden. Falls die Regierung auf diesem Vorschlag beharre, werden die Sozialisten dagegen stimmen. Finanzminister Beret erklärte die Angelegenheit morgen im Ministerrat vorzutragen.

Die Lage nicht vollkommen pessimistisch.

Paris, 26. März. Obwohl bis abends kein vollkommenes Einvernehmen über die Kompromißvorschläge der verschiedenen Fraktionen erzielt wurden und die Debatte stellenweise sehr lebhaft war, glaubt man doch in den Kammercouloirs, daß man die Lage nicht vollkommen pessimistisch zu beurteilen brauche.

Bei den Sozialisten und Radikalen dauert der grundsätzliche Widerstand gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer an. Es wird deshalb erwogen, die Erhöhung dieser Steuer nur in einem geringen Maße durchzuführen, daß der Detailhandel davon nicht betroffen werde. Der Ertrag der Steuer wird auf anderthalb Milliarden geschätzt.

Reichstangler a. D. Fehrenbach gestorben.

Berlin, 26. März. (Eigenbericht.) Von einem schweren Verluste wurde der Reichstag betroffen. In seiner Heimatstadt Freiburg in B. starb heute der 73jährige Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, Präsident des Reichstages während des Krieges und der deutschen Nationalversammlung. Reichstagspräsident Genosse Loebe widmete in der heutigen Sitzung des Reichstages dem Verstorbenen, der sich bei allen Parteien trotz abweichender politischer Einstellung großer Wertschätzung erfreute, einen herzlichen Nachruf.

Fehrenbach ist am 11. Jänner 1852 in Wellendingen (Bez. Bonndorf) geboren. Er studierte zuerst Theologie, wandte sich dann aber den Rechtswissenschaften zu und ließ sich 1882 in Freiburg als Rechtsanwalt nieder. 1885 kam er als Vertreter der Zentrumspartei in den badischen Landtag, widmete sich jedoch seit 1913 ausschließlich der Reichspolitik. Nach dem Tode des Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf im Jahre 1918 wurde Fehrenbach zu seinem Nachfolger gewählt. Nach dem Kapp-Putsch nahm Fehrenbach als Vertreter des maßgebenden demokratischen Flügels des Zentrums das Amt des Reichstanglers an, das er im Sinne der Erfüllungspolitik führte. Im Jahre 1920 nahm er mit dem damaligen Außenminister Simons an der Konferenz von Spaa teil. Sein Mißerfolg, Amerika für das Schiedsrichteram in der Reparationsfrage zu gewinnen, führte am 4. Mai 1921 zu seinem Rücktritt. Ihm folgte als Reichstangler Dr. Wirth. Im Jahre 1923 übernahm er nach Dr. Wirth die Leitung der Zentrumsfraktion.

Ein Steuerkompromiß in Deutschland.

Herabsetzung der Zuckersteuer. — Erhöhung der Posten für Arbeitslosenfürsorge.

Berlin, 26. März. (Eigenbericht.) Heute vormittag hat der Steuerauschuß des Reichstages die Kompromißverhandlungen über die Steuerherabsetzung zu Ende geführt, an dem die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten beteiligt waren. Diese stimmten einigen Milderungen, so der Beseitigung der Weinsteuer und der Senkung der Umsatzsteuer auf 0.75 Prozent zu, erreichten dafür aber erhebliche Zugeständnisse, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen. So wurde auf sozialdemokratischen Antrag die Salzsteuer sofort beseitigt. Durch Verbesserung der Organisation soll eine Steigerung des Ertrages aus der Branntweinsteuer erzielt werden. Damit soll eine fühlbare Senkung der Zuckersteuer herbeigeführt werden. Schließlich wird die Ausgabe für die unterstützende Arbeitslosenfürsorge von 60 auf 100 Millionen erhöht werden.

Das Volksbegehrt wirkt!

Beschleunigung des Kompromisses der Regierungsparteien.

Berlin, 26. März. (Eigenbericht.) Das Kabinett hat heute beschlossen, dem Justiz- und Innenminister die Ermächtigung zu erteilen, mit dem Rechtsausschuß das Kompromißgesetz über die Fürstenernteignung fertigzustellen. Im Rechtsausschuß wurde heute mitgeteilt, daß die Vermögensangabe der Fürsten beim Wehrbeitrag im Jahre 1913 nicht bekanntgegeben werden könne, da für die Beamten bei der Finanzverwaltung das Schweigeverbot (!) bestehe.

Genosse Dr. Rosenfeld erklärte, daß seine Freunde es sich vorbehalten werden, Änderungen des Gesetzes zu beantragen, durch die eine Auskunfts-ermöglichung werde.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Wien, 26. März. (M.) Auch in der zweiten Märzhälfte hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich sehr rasch vollzogen. Von Mitte Februar bis Mitte März ein Rückgang von etwa 18.000 Arbeitslosen verzeichnet worden, so erfolgte in der zweiten Hälfte des Monats März bisher ein weiterer Rückgang um 10.000, so daß gegenwärtig die Zahl der unterstützten Arbeitslosen unter 200.000 gesunken ist. Man rechnet auch in der nächsten Zeit mit einem beträchtlichen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Kostlandsunterstützungen

An die österreichischen Bundesangestellten.

Wien, 26. März. (M.) Der Nationalrat hat in weiterer Folge einstimmig das Gesetz betreffend die Auszahlung der Kostlandsunterstützungen an die Bundesangestellten sowie das damit zusammenhängende Verwaltungsvorsparungsgezet angenommen.

Die Wirren in China

Tschangsolin auf dem Marsch nach Peking.

Peking, 26. März. (Reuter.) Abteilungen der chinesischen Nationalarmee in der Stärke von zirka 40.000 Mann erwarten in der Nähe von Peking weitere Befehle, während die Streitigkeiten zwischen den Führern andauern. Inzwischen marschieren die Militärabteilungen der Generale Tschangsolin und Wu Pei Fu gegen Peking, so daß den Führern der Nationalarmee nichts anderes übrig bleibt, als zwischen Kampf und Uebergabe zu wählen, falls sie sich nicht einigen.

Die polnische Minderheit in C.S.R. und die Tschechische in Polen.

Teichen, im März 1926.

Anlässlich der Ratifizierung der tschechoslowakisch-polnischen Verträge durch das Prager Parlament ist es gewiss von Nutzen, einige Worte über die Minoritätenfrage, die beide Minderheiten betrifft, zu verlieren. Sowohl die polnische Minderheit in der C.S.R., als auch die tschechische in Polen, sind verhältnismäßig klein. In der Tschechoslowakei wurden im ganzen etwas über 75.000 Einwohner polnischer Nationalität gezählt, davon entfallen auf das Teschener Schlesien 69.363. In Polen dagegen wurden im ganzen 25.000 Tschechen gezählt, deren Mehrheit in den bekannten tschechischen Kolonien in Woiwynien lebt. Selbstredend sind die Ziffern hier wie dort — falsch. In beiden Staaten wurde die Zahl beider Minderheiten künstlich verkleinert. Die polnische Bevölkerung in der Tschechoslowakischen Republik zählt zumindest 120.000 Köpfe, die der tschechischen in Polen mindestens 40.000. Es ist aber dennoch ein gewisser Unterschied zwischen der einen und der anderen Minderheit: die Angehörigen der tschechischen Minderheit in Polen sind durchwegs Einwohner, die von der zaristischen Regierung in den sechziger Jahren vorigen Jahrhunderts nach Woiwynien gebracht wurden. Sie bauten niemals tschechische Schulen und assimilierten sich nach und nach nicht nur sprachlich und kulturell, sondern auch politisch und kirchlich. Die Mehrheit der Woiwynier Tschechen nahmen die russische orthodoxe Staatsreligion, das Proto-Slawe, an. Politisch spielten sie nie eine Rolle. Es war ein dem zaristischen Staatsregime loyal ergebenes Volk, das den rebellischen Polen und Ukrainern als Beispiel dienen sollte. Aber ihre Ansiedlungen und Gehöfte waren Muster guter Wirtschaft und fleißiger Arbeit. Mit dem Umsturz änderten sich auch die politischen Verhältnisse in Woiwynien. Dieses Stück Land wurde gemäß dem polnisch-russischen Friedensvertrag in Riga, der polnischen Republik zugeteilt. Nun ist es bekannt, daß die Administrative speziell in den polnischen Ostmarken, zu denen auch Woiwynien zählt, viel zu wünschen übrig läßt. Und so kommt es, daß ein Teil der tschechischen Schulen, die im Jahre 1920 und 1921 gegründet wurden, von der chauvinistischen polnischen Bürokratie geschlossen wurden. Von den damaligen 45 Schulen blieben kaum 22 übrig. In manchen polnischen Schulen in Woiwynien wird auch die tschechische Sprache als Gegenstand unterrichtet. Die Warschauer Regierung ließ es an Verschönerungen und Verschönerungen nicht fehlen, aber die Absichten der Warschauer Regierung wurden durch die Bürokratie zunichte gemacht.

Nicht besser ergab es der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei. Während des Besatzes und nachher, wurde eine Reihe von Schulen gesperrt, oder von den ernannten Verwaltungskommissionen gewaltsam in tschechische umgewandelt. Zwar trat eine kleine Besserung der Verhältnisse zur Zeit des Unterrichtsministers Beckhns ein, aber gutgemacht wurde der Schaden noch lange nicht. In der Landesverwaltungscommission haben die Polen keinen Vertreter, in der größten polnischen Gemeinde Schlesiens, in Karwin, herrscht, trotz der durchgeführten Wahlen, eine ernannte usurpatorische Verwaltungskommission, ebenso in Kłitad. Die sogenannte Gleichberechtigung ist

Willkürliche Versammlungsverbote.

Eine Interpellation der Senatoren Genossen Dr. Heller und Jarolim an den Minister des Innern wegen des Verbotes der Versammlungen besagt:

Für den 28. März 1926 wurden in einer großen Anzahl von Orten von unseren Organisations öffentlichen Versammlungen angemeldet. Während dieser Versammlungen in einer Reihe von Orten genehmigt zur Kenntnis genommen wurde, haben sich einige politische Bezirksverwaltungen veranlaßt gesehen, die Versammlungen zu verbieten. So beispielsweise in Kufsig, Brüz und Bilin. Das Verbot wird überall damit begründet, daß durch die Kundgebung die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnte. Der Leiter der Expositur der politischen Bezirksverwaltung in Bilin hat in der Begründung noch hinzugefügt, daß zur freien Meinungsäußerung bezüglich der Sprachenordnung bereits genügend Gelegenheiten geboten wurde. Unserer Ansicht nach geht es den Herrn Leiter der Expositur gar nichts an, wie oft die Arbeiter in Bilin über die Sprachenverordnung reden will und es ist schon ein sehr starkes Stück von Polizeivillkür, wenn die Behörde der Bevölkerung gewissermaßen das Maß zumessen will, bis zu welchem sie über eine Maßnahme der

Regierung sprechen darf. In allen diesen Orten hat es in der letzten Zeit keinerlei Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung aus Anlaß von Versammlungen unserer Partei gegeben. Jede Besorgnis in dieser Hinsicht ist vollständig unbegründet. Sie besteht aber in Wirklichkeit gar nicht, sondern es bildet die angebliche Besorgnis nur den Vorwand, um die Versammlungen zu verbieten. Die Willkür der politischen Behörden überschreitet jedes erträgliche Maß und geht weit über das hinaus, was sich österreichische Polizeibehörden erlauben haben. Durch derartige Verbote wird die Bevölkerung gerät und wir stellen heute schon fest, daß, wenn es einmal zu Störungen der öffentlichen Ruhe kommen sollte, ausschließlich die Polizeibehörden durch derartige Maßnahmen die Störungen verschulden. Wir können nicht glauben, daß der Minister, der die Einhaltung der Versammlung beschworen hat, mit diesen Verböten einverstanden sein kann, und fragen ihn daher:

Ist der Minister bereit, seinen untergeordneten Organen sofort den Auftrag zu erteilen, derartige unbegründete Verbote zu unterlassen und ist er bereit, die schuldtragenden Beamten zur Verantwortung zu ziehen?

eine Theorie, die bisher noch nicht erfüllt ist. Die tschechische Bürokratie in Schlesiens behandelt die hiesige polnische Bevölkerung ebenso, wie die polnische Bürokratie die tschechische Minderheit in Woiwynien. Dabei ist zu bemerken, daß die hiesige polnische Bevölkerung durchwegs aus Arbeitern besteht, die sich infolge der wirtschaftlichen Krise in einer Zwangslage befinden, und infolge der Krise, die die polnische Arbeiterbewegung nach der unglücklichen Wahlkampagne jetzt durchmachen muß, fast mehr als den Unterdrückungen gegenübersteht. Von dem früheren stolzen roten Ostschlesien ist nur wenig übriggeblieben. Umsonst war die Arbeit Engers, Regers und der vielen opferwilligen Führer des schlesischen Proletariats.

Die Verträge, die jetzt der Nationalversammlung vorgelegt werden, und die die vielen Bestimmungen über die Behandlung der Minderheiten enthalten, werden voraussichtlich nicht viel nützen, und dies weder den hiesigen Polen, noch den Woiwynier Tschechen. Die Art der Behandlung nämlich, wie sie bisher gehandhabt wurde, läßt nichts Gutes voraussehen. Es müßte das bisherige Prinzip geändert werden, aber damit ist vorläufig nicht zu rechnen. Daß dem so ist, dafür wollen wir noch einige Beispiele anführen. Die polnische Bevölkerung von Nieder-Bludowitz verlangt schon seit Jahren nach der Bewilligung zur Errichtung einer Privat-Bürgerschule. Alle gesetzlichen Voraussetzungen hierfür sind vorhanden. Das Ministerium in Prag soll im Prinzip nicht abgeneigt sein, aber die lokalen Ober- und Ueberpartei sind dagegen und deshalb ruft die Sache. Dasselbe ist in Jabunkau und Steinau. In Dombrau, wo vor dem Umsturz fünf polnische Schulen waren, ist heute eine einzige, und das an der Peripherie der Gemeinde, weit vom Zentrum entfernt. Und auch um diese armen Schule mußte ein heiserer Kampf ausgefochten werden. In eben diesem Dombrau will nun die Bevölkerung eine Privatschule bauen. Im Frühjahr 1924 waren die Pläne

fertig und bewilligt, Baumaterial herbeigeführt, aber plötzlich entstand ein „Kompetenzstreit“ zwischen Gemeinde und Bezirkshauptmannschaft, wer eigentlich die Kommission zur Erteilung der Baubewilligung zu bezeichnen hat. . . . Die Sache ist bis heute noch nicht erledigt. Ebenso ist es in der Gemeinde Poremba. Kino-Lizenzen werden den polnischen Arbeiterheimen weggenommen und dem tschechischen Schulverein gegeben. Sollen wir noch mehr dieser Fälle anführen? Wir glauben die obigen genügen. Die neuen Verträge werden kaum etwas an diesen Verhältnissen zu bessern vermögen. —ii.

Der Brdnywald als Schießplatz Alles für den Militarismus.

Als feinerzeit die Heeresverwaltung auf der Suche nach einem Schießplatz für die Artillerie auch auf den Brdnywald verfiel, war die öffentliche Meinung dafür nicht begeistert. Nunmehr hat jedoch, wie die „Prager Presse“ vor einigen Wochen meldete, der Ministerrat die dem Projekt der Militärverwaltung seine Zustimmung erteilt. Es wird also in der nächsten Zeit dieser Waldkomplex zur Schießstätte hergerichtet werden. Alle Bedenken, die gegen dieses Projekt vorgebracht wurden, sind nicht beachtet worden. Es waren keineswegs Deutsche allein, die sich dagegen wandten, sondern auch Tschechen, denen man doch mangelnden Patriotismus nicht vorwerfen kann, haben die Verwundung des Waldgebietes in eine Artillerieschießstätte nicht gutgeheißen. Der Waldkomplex erstreckt sich über eine Länge von mehr als 20 Kilometer und hat eine Breite von mehr als zehn Kilometer; also ein ziemlich großer Komplex, der für Heereszwecke schon zu gebrauchen ist. Aber der Umstand, daß in das Gebiet dieses Waldkomplexes auch Quelladern der Heilwässer unserer westböhmischen Biskurorte hineinreichen sollen, sowie die Tatsache, daß für die Wasserversorgung der Ortschaften in der Umgebung dieser Wald ein Not-

wendigkeit ist, hat den Widerstand der berufenen Faktoren dieser Ortschaften hervorgerufen. Die tschechischen Gemeinden haben in einem Memorandum an die Regierung gegen diesen Plan Verwahrung eingelegt. Vertreter der tschechischen Wissenschaft und wissenschaftlicher Korporationen haben in eingehender Begründung die Nachteile der Verwirklichung dieses Planes der Heeresverwaltung aufgezeigt. Diese waren es auch, die auf die Gefahr, die unseren Kurorten unter Umständen dadurch erwächst, eindringlich hingewiesen. Für den Staat wäre es kein Gewinn, wenn vielleicht durch die Artilleriegeschosse eine Beeinträchtigung bestimmter Quellen, die für die Weltkurorte von Bedeutung sind, eintreten würde. Jede Veränderung der chemischen und physikalischen Zusammensetzung der Quellquellen kann Folgen nach sich ziehen, die schwerer zu ertragen wären, als der Verzicht auf den Schießplatz im Brdnywald. Es darf auch nicht übersehen werden, daß bei der Budgetdebatte 1924, Redner verschiedener tschechischer Parteien gegen diesen Plan des Ministeriums für Nationalverteidigung Stellung genommen haben. Doch waren alle Bemühungen, dieses Projekt zu verhindern, zwecklos.

Der Militarismus hat eben auch da seinen Erfolg. Es ist schon so, daß jeder Wunsch der Militärverwaltung erfüllt wird. Ein Schießplatz wird gebraucht, der Brdnywald gefällt, und hopla, die Geschichte ist gemacht. Gibt es gegen ein Projekt Einwände, so schweigt man eine Weile und eines schönen Tages erfährt die Bevölkerung, daß das Militär seinen Wunsch erfüllt bekommen hat. Ob der Bedarf an Schießplätzen gerade das dringendste ist, darf füglich bezweifelt werden. Weniger Geld verpalmben, dafür jedoch diese Mittel für soziale Zwecke zu verwenden, wäre besser. Die vorhandenen Schießplätze würden genügen. Besteht etwa die Gefahr, daß wir in absehbarer Zeit mit einem unserer Nachbarstaaten in Konflikt geraten, der nur mit den Waffen und dem Blut der Arbeiter beigelegt werden kann? Dies dürfte wohl kaum der Fall sein. Deutschland und Oesterreich sind wehrlos, können also einen Waffengang nicht riskieren. Zudem würden die Wehrstaaten jederzeit die Möglichkeit haben, eine solche Absicht dieser Staaten zu vereiteln. Aber keiner der beiden Staaten denkt daran, einen Krieg zu entfesseln. Polen und Rumänien kommen doch auch nicht in Betracht. Der eine Staat gehört zur Kleinen Entente, ist also Verbündeter der Tschechoslowakei, der doch nicht über uns herfallen wird. Polen, unser slawischer Nachbar, dem wir uns bei der Entscheidung über Oberschlesien erkenntlich zeigten, wird uns doch auch nicht anhaben. Käme also nur noch der Banknotenfälscherstaat in Betracht. Da glauben wir denn doch, daß so leicht die Regeln nicht über die Donau fliegen. Außer Mussolini wird wohl Ungarn kaum einen Freund besitzen. Die Banknotenaktionen des Reiches scheinen für die Staaten gefährlicher zu sein. Doch dafür sind Kriminalbeamte besser als Her-Haubdigen. Und dann gibt es doch noch das Schiedsgerichtsverfahren, um Streitfälle regeln zu können.

Jwar wird in allen Tonarten die Vorteilhaftigkeit dieses Projektes gepriesen. Es wird verkündet, daß weder die Naturschönheiten, noch der Charakter der Gegend oder die Wasserleitung bedroht sind. Die feinerzeit vorgebrachten Bedenken sollen auf nicht genügender Kenntnis der Sachlage beruhen. Sachmännische Autoritäten sollen das Projekt der Militärverwaltung begünstigt haben. Die Parlamentarier werden gut tun, sich diese Sache einmal zu überlegen und vom Ministerium nähere Aufklärung zu verlangen.

Aus alter Zeit.

V.

Gendarmerie gegen Streikende. — Drei Todesopfer.

Oft riefen wir die Streikenden zu Versammlungen in diesem Saal zusammen, um sie zusammenzuhalten und vor unüberlegten Schritten, die der Behörde zu Gewaltmaßnahmen Anlaß geben könnten, zu warnen. Auch die beim „Freigeist“ eingelaufenen Unterstützungsgelder wurden in diesen Versammlungen verteilt. Von der Firma sowie der Bezirkshauptmannschaft wurde alles in Bewegung gesetzt, um die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. So kam am 13. Mai, als wieder eine Versammlung tagte, der Statthaltereikonzipist Kamm in dieselbe und gab bekannt, daß die Firma die Fabrik sechs Wochen stehen lassen wolle und entschlossen sei, lieber ihr ganzes Vermögen daranzusetzen, als nachzugeben. Er, nämlich Kapp, sehe auch die Versammlung nicht mehr als solche von den Arbeitern der Firma Lederer & Wolf an und untergehe dieselbe für immer. Das Erstere wurde nur mit Worten aufgenommen, während gegen das Letztere, das einen Gewaltakt darstellte, Stellung genommen werden mußte. Genosse Franz Roscher und ich begaben uns zur Bezirkshauptmannschaft. Der Bezirkshauptmann gab zu, daß er seine Zustimmung zum Verbot gegeben habe, jedoch geneigt sei, die Maßregel rückgängig zu machen, wenn ihm Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben werden. Diese konnten wir leicht geben, da bisher nicht das Mindeste vorgekommen war und wir die Streikenden in guter Disziplin hielten.

Diese und andere Belästigungen seitens der Behörden und der Gendarmerie und der starre, ablehnende Standpunkt der Firma Lederer und Wolf brachten es mit sich, daß die Sympathie für Streikende immer mehr und mehr wuchs. Ansammlungen vor der Fabrik fanden nach Feierabend statt, die aber durchaus keinen solchen Charakter trugen, der Ausschreitungen hätte befürcht-

ten lassen. Den behördlichen Organen aber schien der geeignete Zeitpunkt gekommen zu sein, um zugunsten der Wollbarone gewalttätig einzugreifen.

Es war am 21. Mai gegen 7 Uhr abends, als sich wieder eine größere Menge Arbeiter und Neugierige zusammengefunden hatte. Neben einer großen Anzahl Gendarmen, waren erschienen: Bezirkskommissar Pecka, Statthaltereikonzipist Kapp und der Gendarmereitmeister Cppich. Daraus konnte schon geschlossen werden, daß etwas vorgehen werde. Nachdem die Menge mit gefülltem Bajonett zurückgedrängt worden war, wurde sie zum Auseinandergehen aufgefordert, und da diese Aufforderung nicht sofort den erwünschten Erfolg hatte — sie kann auch von den meisten überhört worden sein — gab der Reitmeister dreien seiner Gendarmen den Befehl zum Schießen. Die Salve krachte auf ungefähr 50 Schritte Entfernung und die Menge stob nach allen Richtungen auseinander, die Betroffenen am Plage zurücklassend. Ein Arbeiter, Wenzel Hulel, war sofort tot. Sein Weib, das neben ihm stand und ein Kind auf dem Arme trug, wurde ins Bein getroffen und das Kind an der Ferse verletzt. Der Arbeiter Matan starb gleich nach der Einlieferung ins Reichenberger Krankenhaus; er hatte einen Schuß in die Leber erhalten. Ein zwölfjähriger Knabe, Robert Weiner, trug einen Schuß in den Unterleib davon und starb am andern Tage im Krankenhaus. Sein sechzehnjähriger Bruder, zwei Arbeiterinnen, die Frau des Hulel und ihr Kind mußten ob ihrer Verwundungen längere Zeit im Krankenhaus zubringen.

Die „Ordnung“ war also wieder hergestellt, das bedrohte Kapital und der Staat waren gerettet! Die Herren Lederer und Wolf konnten wieder ruhig schlafen und die Verantwortler der Schießerei, welche drei vernichtete Menschenleben auf dem Gewissen hatten, durften als gefügige Werkzeuge des Kapitals und der Staatsgewalt auf eine baldige Auszeichnung rechnen. Gewissensbisse dürften sie nicht geplagt haben. Zur Rechtfertigung dieses Menschenmordes wurde ausgesprengt, es wären Steine nach den Gendarmen

geworfen worden. Den Beweis hierüber hat man aber nicht zu erbringen vermocht.

Die Verdrigung der Toten wurde von der Polizei geheim gehalten. Wahrscheinlich sollte damit eine demonstrative Beteiligung der Arbeiter verhindert werden. Erst am 23. Mai in der Nacht hatte man die Angehörigen der Toten verständigt, daß die Beerdigung am 24. Mai früh um acht Uhr auf dem Reichenberger Friedhofe vorgenommen wird. Wir hatten man es auch spät abends gesteckt und so hielt es für meine Pflicht, dem traurigen Mite beizuwohnen.

Engelbert Bernerstorfer war damals noch nicht Sozialdemokrat, er hatte sich aber als freisinniger Demokrat im Abgeordnetenhaus wiederholt der Arbeitererschaft angenommen. Wir hatten ihn telegraphisch von dem Vorfalle verständigt und seine Intervention angerufen. Er folgte gleich unserem Rufe und war bereits am 23. Mai hier, um sich genaue Informationen einzuholen. Das Parlament tagte zu dieser Zeit gerade, wo er am 27. Mai in der Sache einen Dringlichkeitsantrag einbrachte und eine geharnischte Rede hielt. Das gleiche tat der Jungtscheche Dr. Raig; denn es war, wie schon bemerkt, unter den Streikenden ein großer Teil tschechischer Nationalität und auch unter den Toten und Verwundeten befanden sich Tschechen.

Daß von nun an die Versammlungen der Streikenden unterjagt wurden, lag auf der Hand. Denn es galt ja vor allem anderen, dem Streike ein Ende zu bereiten, sonst wäre ja mit der Schießerei nur halbe Arbeit geleistet worden. Am 29. Mai fand bei der Bezirkshauptmannschaft ein Besprechung statt, bei der anwesend waren: Der Bezirkshauptmann, der Gewerbeinspektor, einige Mitglieder des Streikkomitees, die Firmainhaber von Lederer und Wolf und der Genosse Franz Roscher. Nach mehrstündiger Dauer der Beratungen gaben die Herren zu Protokoll: „Wir sind bereit, sämtliche Arbeiter, welche bis zum 1. Mai l. J. in unserer Fabrik in Dörfel beschäftigt waren, ausnahmslos wieder aufzunehmen, sobald sich dieselben zwischen dem 1. und 7. Juni, zur Wiederaufnahme der Arbeit anmelden. Jenen Arbeitern,

deren Wiederaufnahme nach dem 10. Mai verweigert wurde, steht es frei, entweder in die Arbeit zurückzukehren oder statt dessen eine vierzehntägige Lohnentschädigung zu verlangen.“ Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Freigabe des 1. Mai und die 20prozentige Lohnerhöhung lehnten sie ab. Am 30. Mai hielten wir mit den Streikenden eine Versammlung in der „Vereinshalle“ in Reichenberg ab, um ihnen das Resultat der Besprechung mitzuteilen. Es war wenig, was ihnen da geboten wurde und sie waren auch nicht erbaut davon. Ein großer Teil zeigte Lust, weiter zu streiken.

Genosse Dr. Viktor Adler hielt zu dieser Zeit eine Anzahl Wählerversammlungen im Bezirk ab und wir hatten ihn zu dieser Versammlung geladen. Nach gewissenhafter Beratung kamen wir drei überein, in Anbetracht der Sachlage den Streikenden anzuraten, die Arbeit trotz den geringen Zugeständnissen wieder aufzunehmen. Und in diesem Sinne beschloß auch die Versammlung.

Dieser Bericht soll der heutigen jüngeren Arbeitererschaft zeigen, welche große Opfer es der Arbeitererschaft in früheren Zeiten gekostet hat, um nur Kleinigkeiten durchzusetzen. Erst kurz zuvor hatte man in Ostrau und Falkenau Streikende niedergeschossen. Tausende sind gemahregelt worden, nur weil sie ihrer Fachorganisation angehörten, Tausende sind ausgewiesen worden und Tausende haben in den Kerker schmachten müssen, ihrer Ueberzeugung wegen. Und dennoch gab es kein Zurück! Im Interesse der gesamten Arbeitererschaft wurde weitergekämpft, wurden die Opfer mutig gebracht und ertragen. Darum Arbeiter von heute, seid dankbar, ihr habt die Bahn frei. Die Opfer sind für euch gebracht, haltet das Errungene fest, schart euch um die Fahne der internationalen Sozialdemokratie und vollendet, wofür euere Vorkämpfer schon gestritten und gelitten haben, an der Befreiung der Arbeit von Knechtung und Ausbeutung durch das Kapital!

(Schluß.)

Cernys Verhandlungen.

Ein Programm wird gesucht.

Das Abendblatt des „Pravo Vudu“ schreibt: „Der Ministerpräsident ist bestrebt, auf Grund des Programms Svehlas wenigstens ein Programm für die nächste Zeit auszuarbeiten. Er läßt dazu täglich die Vertreter einiger Parteien der ehemaligen Koalition ein und berät mit ihnen über den Fortgang der parlamentarischen Arbeiten und den Standpunkt zu den einzelnen politischen Fragen. Fleißig verhandelt er auch mit den slowakischen Merkmalen und das im Sinne Svehlas — das ist über ihren Eintritt in die Regierung. Dieser Umstand würde allerdings bedeuten, daß Cerny kein Kabinett als provisorisch betrachte.“

Das Staatsangestelltengesch.

In der donnerstägigen Sitzung des Sechsausschusses der ehemaligen Koalition, welcher sich mit den Staatsangestelltenfragen befaßt, erschien auch Ministerpräsident Cerny. Es wurde vereinbart, daß das Gehaltssystem der Staatsangestellten rückwirkend ab 1. Jänner in Kraft trete. Zu diesem Zweck sollen die Verhandlungen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Warum die tschechischen Sozialdemokraten gegen die Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung stimmten, setzt das „Pravo Vudu“ folgendermaßen auseinander: „Das geschah deshalb, weil nach einer solchen Debatte der Geschäftsordnung gemäß hätte abbestimmt werden müssen, ob die gesetzgebenden Körperschaften die Erklärung zur Kenntnis nehmen, was als Vertrauensklärung der Regierung gegenüber gilt. Wenn die Regierung nicht gleich bei ihrem ersten Schritt in die Nationalversammlung hätte gestürzt werden sollen, hätte sie für diese Abstimmung die Mehrheit gesichert haben müssen. Die Mehrheit aber war zweifelhaft, deswegen wählte man den Weg der Ablehnung der Debatte. Die Parteien, welche für die Ablehnung der Debatte stimmten, haben damit ihren abwartenden Standpunkt gegenüber der Regierung zum Ausdruck gebracht und ebenso ihre Meinung, daß es keinen Sinn hätte, die Regierung zu stützen, welche sich für das Programm der früheren Regierung ausgesprochen hat, das von beiden Häusern vor einigen Wochen bereits genehmigt worden ist.“ Es wird der tschechischen Sozialdemokratie nicht leicht werden, Oppositions- und Regierungspartei zugleich zu sein.

Der Parteitag der deutschen Christlichsozialen findet am 15. und 16. Mai in Troppau statt.

Zu Unmehrheit gegen die preußische Regierung.

Das Hauszinssteuergesetz mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Berlin, 26. März. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages wurde das Hauszinssteuergesetz in dritter Lesung erledigt. In der Schlussabstimmung fand das Gesetz mit 198 gegen 195 Stimmen der Regierungsparteien Ablehnung. Dieses Ergebnis

Morgen versammeln sich in allen deutschen Städten die deutschen Arbeiter zu den sozialdemokratischen Protestversammlungen

Gegen die arbeiterfeindliche Zoll- und Steuerpolitik!
Gegen nationalstaatliche Gewalt!
Gegen Militarismus!

Für die Völkerverständigung!
Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!

wurde mit großen Tumulten im ganzen Hause aufgenommen.

In den Tumultszügen nach der Ablehnung des Hauszinssteuergesetzes im preußischen Landtag erklärte der kommunistische Abg. Piez, nach diesem Ergebnis der Abstimmung habe die Regierung die Pflicht, den Landtag aufzulösen, was bei den Kommunisten und auf der Rechten Zustimmung hervorrief. Bei den Regierungsparteien wird die Niederlage darauf zurückgeführt, daß einige Zentrum- und sozialdemokratische Abgeordnete aus dem Rheinland sich während der Abstimmung entfernten, um ihre Nachmittagszüge noch zu erreichen. Bei einer vorausgehenden Abstimmung hatte die Regierung noch eine kleine Mehrheit.

Behlens Schandurteil.

In einer Woche 45 Millionen Kronen und zweieinhalb Jahre Gefängnis.

Die Arbeiterzeitung veröffentlichte etwa vor zwei Jahren einen Artikel, der für die Amnestie der politischen Gefangenen eintrat. Die „Republika“ überfegte den Artikel, ohne etwas an ihm zu ändern. Wegen Schmäherung der ungarischen Nation, begangen durch diese Uebersetzung, wurde Karl Spitalst unter Anklage gestellt und von dem Senat des Landesrichters Ernst Schödl zu anderthalb Jahren Gefängnis und fünfzehn Millionen Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. In der Berufungsverhandlung hat die königliche Tafel unter dem Vorsitz Karl Kuers (der Name auch dieses Schauspiels verdient vermerkt zu werden) das erstgerichtliche Urteil bestätigt. Innerhalb einer Woche sind für drei Artikel 45 Millionen Kronen Geldstrafe und dreieinhalb Monate Gefängnis über sozialistische Journalisten und die „Republika“ verhängt worden.

Die hohen Geldstrafen dienen dem Zweck, das Arbeiterblatt finanziell zugrunde zu richten. Aber die Verfolgung hat eine starke Gegenbewegung in den Reihen der Arbeiter hervorgerufen. Es wurde schon vor längerer Zeit ein „Fest recht“ (Fest) gegründet, für den in einer verhältnismäßig kurzen Zeit 385 Millionen Kronen gesammelt wurden. Auch ungarische Arbeiter aus den Nachfolgestaaten kommen für diesen Fonds. So hat vor kurzem die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Ungarn (Tschechoslowakei) 300 tschechische Kronen für den Fonds gesendet.

Tages-Neuigkeiten.

Ein kommunistischer Held.

Herr Dr. Viktor einst und jetzt.

Zu den liebenswürdigsten Vertretern der kommunistischen Partei gehört ohne Zweifel der Abgeordnete Dr. Viktor Stern. Er kann sich in der „Entlarvung“ der sozialdemokratischen Verräter nicht genug tun. Diese Spezialtätigkeit ist bei ihm geradezu zu einer Manie geworden. Bei jeder passenden oder auch nichtpassenden Gelegenheit tut er mit viel Aufwand von Gesten und Beschrei der staunenden Welt dar, daß die Kommunisten immer und überall die einzig gerechten Revolutionäre sind. Er selbst hält sich jedenfalls für einen besonders radikalen und schneidigen Kämpfer. Es gibt aber Leute, die das aus ihrer mit Herrn Dr. Stern gemachten Erfahrungen sehr lebhaft beweisen und sich nicht scheuen, ihre Meinung über den Genannten zum Ausdruck zu bringen. In keiner parlamentarischen Jungferrede hat er ausdrücklich unsere sozialdemokratischen Führer der Freigebigkeit geziehen. Sie fanden angeblich nicht den Mut auf das letzte Anbiederungswort des A. P. mit einem so entscheidenden Nein zu antworten wie es sich von „Sozialverrättern“ eigentlich gebührt. Die sozialdemokratischen Führer sind also nach der Meinung des Herrn Stern (er bezeichnete auch uns nicht als Genossen) feige Kerle. Dafür ist natürlich Herr Stern ein um so größerer Held! Er und alle jene, die sich dafür interessieren, mögen nachlesen, was der feinerzeitige sozialdemokratische Staatssekretär Oesterreichs, Genosse Dr. Julius Deutsch, in seinem sehr lehrreichen Buche „Aus Oesterreichs Revolution“ (Seite 27) über Dr. Viktor Stern, eben unseren tapferen Sozialisten schreibt. Genosse Dr. Deutsch schildert dort eine Szene während einer Beratung mit einer Anzahl Vertrauensmänner der geheimen sozialdemokratischen Militärorganisation und einer Anzahl neuemener Unteroffiziere und Offiziere in der Nacht vom 2. zum 3. November 1918. Damals war bereits Deutsch zum Staatssekretär für das republikanische Heerwesen ernannt worden. Ihm lag daran, das alte österreichische System mit den Wurzeln auszurotten und rasch eine verlässliche republikanische Truppe zu schaffen.

fen. Darum sollte eine von dem alten Heer völlig losgelöste neue Wehrmacht gebildet werden. Die Volkswehr. Die versammelten Vertrauensmänner sollten als Wehr in die Kasernen gehen und diese besetzen. Falls Widerstand geleistet werden sollte, vielleicht durch aktive Offiziere, die sich wieder hervortragten, dann sollte er sofort und mit allen Mitteln gebrochen werden. Nachdem der Staatsrat die Aufstellung der Volkswehr genehmigt hatte, stand die Aktion eigentlich unter staatlichem Schutze.

Nun schreibt Gen. Dr. Deutsch wörtlich folgendes:

„Bei der folgenden, mit Namensaufruf vorgenommenen Einteilung ergab sich ein Zwischenfall. Allen Anwesenden nahmen ihre Einteilung an, bis auf zwei Reserveoffiziere. Die schühten vor, prinzipielle Antimilitaristen zu sein, die deshalb bei der Aufstellung eines neuen Heeres nicht mittun könnten. Der eine, der bisher den Mehrheitssozialisten geistig nahestand, redete aber auch davon, daß er dem bürgerlichen Klassenstaate nicht dienen wolle und sich erkennen, daß er mit einem Male völlig „radikal“ geworden sei. Gerade bei ihm kam es uns aber vor, als ob seine plötzlichen prinzipiellen Bedenken mehr oder weniger einer ungestandenen persönlichen Angst vor den Folgen unseres Tuns entsprangen. Wir verfuhrten infolgedessen nicht gerade höflich mit den beiden und bateten sie, uns bei unserer Arbeit allein zu lassen.“

Einige Tage später kam der weniger Kommunistische von den beiden wieder zu mir und bat um nachträgliche Aufnahme, weil er sich seiner Haltung in jener Nachtigung schäme. Er hat in der Folge sehr brav mitgearbeitet. Der frühere Mehrheitssozialist verließ hingegen alsbald Wien. Ich hörte von ihm erst wieder, als ich seinen Namen (Viktor Stern), unter den — wie denn sonst — ultraradikalen Agitatoren der kommunistischen Arbeiter des deutschen Ruhrrevieres nennen hörte!“

Soweit Gen. Dr. Deutsch in Wien. Jeder Leser kann sich den Reim zu diesen Zeilen selbst machen. Offenbar ist es für Herrn Dr. Viktor Stern, dem Rabbinersohn aus Triebisch, leichter, heute die früheren Parteifreunde herabzusetzen, als als Ueberadikaler immer wieder zu überbieten, als 1918 eventuell mit der Pike oder dem Säbel in der Hand gegen die antirevolutionären Elemente loszugehen. Heute ist Herr Dr. Viktor Stern kein Antimilitarist mehr, sondern appelliert offen an die nackte Gewalt, „wahr“ wie andere seinesgleichen, bildlich „durch Blut und Tränen“ — bleibt nur die Frage übrig, wie er sich in Zukunft stellen würde, wenn's wirklich ernst würde. Auf jeden Fall hat gerade Herr Dr. Viktor Stern, der allergebäßigste „Vernichter“ der sozialdemokratischen Partei, aus der er hervorging, das allergrößte Recht sich als Held hinzustellen und anderen öffentlich über Tapferkeit Vorhaltungen zu machen! J. Sch.

Der aktuelle Heine.

Von Artur Sechso.

Er ist nun 70 Jahre tot. Was sterblich an ihm war, ruht unter einer einfachen Sandsteinplatte mit der Aufschrift Heine aus dem Kirchhof des „Verbannten und Gedächten“ in Paris. Von keinem Werk ist nichts mit ihm ins Grab gesunken. Manches, was er als „Fabelsünder der Romantik“ reimte, ist allerdings im Laufe der Jahre matt und tonlos geworden. Was er jedoch als Kämpfer für die Ideen einer bürgerlichen Freiheit schrieb, ist heute noch genau so lebendig, wie zur Zeit der großen Erhebung, da das Parlament des deutschen Volkes zu Frankfurt keine Sitzung hielt.

Seine Arbeiten sollten darum nicht nur in Aufgaben für Bücherfreunde, Sammler und Lesbeten zu haben sein, sondern auch in knappen Auswahlen, wie sie der Tag erfordert.

Wo sind Nationen von einem Dichter treffender gezeichnet worden, als in den Skizzen der Reisebildern. Charakterzüge scharf gesehen, als z. B. in dem „Gespräch auf der Themse“. Es läßt sich nicht leugnen, daß auch die Deutschen die Freiheit lieben, aber anders als andere Völker. Der Engländer liebt die Freiheit wie kein rechtmäßiges Weib, er besitzt sie, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Hartlichkeit behandelt, so weiß er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen. Der Franzose liebt die Freiheit wie seine Braut. Er glüht für sie, er flammte, er wirft sich zu ihren Füßen mit den überspanntesten Beteuerungen, er schlägt sich für sie auf Tod und Leben, er begehrt für sie tausenderlei Torheiten. Der Deutsche liebt die Freiheit wie seine alte Großmutter. . . . Scheltet mir nicht die Deutschen! . . . Keiner kann absehen die Wendung der Dinge. Der spleenige Witze, seines Weibes überdrüssig, legt ihr vielleicht einen Strid um den Hals. . . . Der flatternde Franzose wird seiner geliebten Braut vielleicht treulos und verläßt sie und tänzelt flüchtig nach den Hofdamen seines königlichen Palastes. Der Deutsche wird aber seine alte Großmutter nie ganz von der Türe stoßen, er wird ihr immer ein Plätzchen am Herd gönnen,

wo sie den horchenden Kindern ihre Märchen erzählen kann. Wenn einst, was Gott verhüte, in der ganzen Welt die Freiheit verschwunden ist, so wird ein deutscher Träumer sie in keinem Traumen wieder entdecken.“ Als Heine diese Sätze 1827 veröffentlichte, war er Redakteur an den Cottaschen „Allgemeinen politischen Annalen“ und hoffte auf eine Staatsstellung bei Ludwig I. Doch nicht um einer solchen Hoffnung willen ward hier ein deutscher Träumer zum Siegelbewahrer der Freiheit: „Heine liebt Deutschland mehr, als es dasfelbe verdient“, äußerte einmal Alexander Dumas (Water), als er hörte, daß der Dichter in Deutschland nicht gebührend gewürdigt werde.

Der junge Heine hatte, als er nach Paris ging, nicht damit gerechnet, sein ganzes Leben in dieser Stadt, die einen mächtigen und begaubenden Eindruck auf ihn machte, zubringen zu müssen. Er gab selbst noch dem Erscheinen der Vorrede zu den „Französischen Zuständen“, die geradezu einen Sturm der Zensoren auf seine Schriften und auf den ganzen Hoffmann und Schopenhauer Verlag hervorrief, den Sturm, den er in die Worte sagte: „Und wird uns der ganze Verlog verboten, so schwindet am Ende von selbst die Zensur“, die große Hoffnung seines Lebens nicht auf, Deutschland, die fromme Kinderstube und die alte Frau, die ihm stets im Sinn lag, wiederzuleben.

In den „Französischen Zuständen“ wie in der „Briefen über Deutschland“, einem Nachtrag zu den Aufsätzen „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ finden sich politische Feststellungen und Forderungen von höchst aktuellem Interesse. „Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verheizen, das große Völkerverständnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigen Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Menschen mehr zu füttern, wir bemühen um Pfug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Frieden und Wohlstand und Freiheit.“ Das steht in der eben erwähnten Vorrede zu den „Fran-

zösischen Zuständen“. Im ersten Brief über Deutschland heißt es u. a.: „Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit: die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend, und lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletariat in ihrem Ansturm gegen das Bestehende die fortschrittlichsten Geister, die Philosophen der großen Schule, als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens.“ Wenige Zeilen weiter wird vorausgesetzt, „daß die politische Revolution der Deutschen aus jener Philosophie hervorgehen wird, deren Systeme man so oft als eitel Scholastik verächten“.

Als die Kämpfe von 1848 die bevorstehende Ordnung der europäischen Staaten erschütterten, hatte für Heine die Zeit der „Matagongruß“ schon begonnen. Auf seinem einsamen Krankenlager hörte und verstand er nur wenig von den Dingen, die da draußen vor sich gingen. Ganz mit sich und seinem qualvollen Leiden beschäftigt, sagte er: „Welch Unglück, solche Revolution in meinem Zustande zu erleben! Ich hätte müssen tot oder gesund sein.“ Trotz solcher Worte fand er in guten Stunden noch oftmals die Kraft und den Elan, scharfe Pfeile in das Herz der Feinde zu senden, denn er kannte die Farben in ihrem Panier und ihre Vorbedeutung.

Bis in die letzten Jahre seines Lebens haben den Dichter politische Probleme und Fragen der Zukunft beschäftigt. Kurz vor seinem Tode schrieb er noch einmal äußerst deutlich über die „Unglaubensarmee“ der Sozialisten. Nicht „Wünsch noch Bessignisse“ waren es, die er hier aussprechen wollte, sondern Tatsachen. Und die lauteten: . . . Diese Kohorten der Zerstörung, diese Sappeure, deren Art das ganze gesellschaftliche Gebäude bedroht, sind den Chartisten Englands und Gleichmachern und Umwälzern in anderen Ländern unendlich überlegen, wegen der schrecklichen Konsequenz ihrer Doktrin. . . . Die mehr oder minder geheimen Führer der deutschen

Kommunisten sind große Logiker, von denen die stärksten aus der Hegelschen Schule hervorgegangen, und sie sind ohne Zweifel die fähigsten Köpfe und die energievollsten Charaktere Deutschlands. Diese Doktoren der Revolution und ihre mitteillos entschlossenen Jünger sind die einzigen Männer in Deutschland, denen Leben innewohnt und ihnen gehört die Zukunft.“

Daß die nationalen Philister und die Fremdjünglinge das „Schwein auf dem Montmartre“, wie ein deutschvölkisches Wochenblatt sich so echt deutsch ausdrückte, noch im Tode verfluchen, gereicht dem großen Kämpfer nur zur Ehre. Ein Andenken würde durch ein Soluieren dieser „Delnden“ nur beschmüht. Und wie 1837 — als sich der Dichter in einer Arbeit „Ueber den Demagoganten“ mit dem feigen Franzosenfresser Mengel beschäftigten mußte — sind es auch heute noch immer die Religion, die Moral und der Patriotismus, „womit alle schlechten Subjekte ihre Angriffe beschönigen“!

Zu besorgen ist allerdings, daß Heine den Arbeitern und den denkenden Bürgern auch heute noch lange nicht so bekannt und so vertraut ist, wie er es sein sollte. Gewiß: er ist kein praktischer Führer in dem politischen Labyrinth unserer Tage, doch in vielen Stunden unseres Lebens kann er uns ein kluger und heilsamer Begleiter sein. Das ist nicht von sehr vielen, die in der Literatur den Ton angaben, zu sagen.

Sein Andenken scheint uns am schönsten bewahrt in seinen eigenen Worten:

„Ja, wackam stand ich, das Gewehr im Arme. Und nahte irgendein verdächt'ger Gauch, So schoß ich gut und jagt' ihm eine warme Brühwarne Kugel in den schänden Bauch. Mitunter freilich mocht' es sich ereignen, Daß solch ein schlechter Gauch gleichfalls sehr gut Zu schießen wußte — ach, ich kann's nicht leugnen, Die Wunden kaffen — es verströmt mein Blut.“

Ein Posten ist vakant! — Die Wunden kaffen — Der eine fällt, die andern rücken nach — Doch fall' ich unbeflegt, und meine Waffen Sind nicht gebrochen. — Nur mein Herz brach“

Genosse Josef Tischer gestorben.

Wieder hat unsere Partei einen herben Verlust zu beklagen. Genosse Josef Tischer (Aulan im Erzgebirge) ist im allgemeinen Krankenhause in Prag am 15. März an den Folgen einer Beinamputation gestorben. Verspätet, mehr als eine Woche nach dem Eintritten, trifft uns diese traurige Nachricht. Für die Lokalorganisation Aulan bedeutet der Tod des Gen. Tischer einen schweren Verlust. War er doch immer ein eifriger Mitarbeiter und treuer Berater seiner Parteigenossen und der Parteiorganisationen.

In den letzten Jahren gehörte J. Tischer auch der Gemeindevorstellung in Aulan an, wo er mit Geschick und Umsicht im Sinne unserer Prinzipien tätig war. Durch sein ruhiges und sachliches Wirken hatte er sich das Vertrauen seiner Parteigenossen, wie auch die Achtung der Gegner erworben. Für die Kleinarbeit in der Lokalorganisation, wie auch in den anderen proletarischen Organisationen des Ortes war sein Rat und seine Meinung oft genug richtunggebend.

In den neunziger Jahren war Genosse Tischer bei den Arbeitern des Erzgebirges eine bekannte Persönlichkeit. Er war bereits in den damaligen Fachverbänden der Glasarbeiter tätig und fungierte auch später in der keramischen Union als Vertrauensmann. Unermüdet arbeitete er im Verein mit den anderen Parteigenossen an der Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Ebenso stand der Verstorbene im Vordergrund, als in den Jahren 1890 und 1891 die neuen Grundgesetze für die politische Organisation der Partei geschaffen wurden, und die Parteigenossen in den einzelnen Ortschaften des Ver- und Riesengebirges an die Errichtung von Lokalorganisationen schritten. Unter anderem fungierte der brave und unermüdete Genosse auch als Kreisvertrauensmann für den damaligen Wahlkreis Gablonz-Teutoburg, in welcher Eigenschaft er in Vertretung der Organisationen und in Vertretung der Interessen der Arbeiter manchen Streik mit den Bezirksparlamenten ausfochten hatte.

Als die Partei im Jahre 1896 darangehen konnte, ein eigenes Blatt, den „Gebirgsbote“ herauszugeben, wurde ihm das Amt des Administrators übertragen. Während dieser Administrationszeit erlebte er manche lustige Episode. Als zum Beispiel der „Gebirgsbote“ wieder einmal konfisziert war und der stark kurzfristige Verlagskommissar Ulrich die (längst verdrängte) Auflage beschlagnahmte, machte er sich freudestrahlend an ein Bündel, das aus dem Beut des Genossen Tischer lag. Zur Verwunderung des eifrigen Kommissars fing das Bündel an zu schreien, denn es barg nicht den gefuchten „Gebirgsbote“, sondern Tischer's strammes Säugling. — Wenn auch nach der Weiterentwicklung des Blattes die Verwaltung desselben in andere Hände übergegangen war, so war Genosse Tischer auch weiterhin für das Blatt und die Partei tätig.

Sein Hinscheiden trifft uns um so schmerzlicher, als Genosse Tischer heute als einer der Aulen angesehen werden muß, die in den schweren Tagen und unter dem rückwärtigen Polizeiregime des alten Oesterreich, an dem Wiederaufbau der Arbeiterbewegung im Ver- und Riesengebirge hervorragenden Anteil genommen hatten. Der Verstorbene ist seiner Ueberzeugung jederzeit treu geblieben. Es blieb er auch Sozialdemokrat, als vor fünf Jahren durch die Wählerarbeit der heutigen Kommunisten unsere Partei zerfiel.

Nun ist der alte Kämpfer von uns gegangen. Sein Andenken wird die Arbeiterschaft des Erzgebirges ehren, indem sie in seinem Sinne an dem Wiederaufbau der zerrütteten Organisationen weiter arbeitet.

Hauptversammlung des Bundes der deutschen Bühnengestellten in der tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, den 25. März l. J. nachmittags wurde im Volkshause in Aussig die 6. Generalversammlung des Bundes der deutschen Bühnengestellten in der Tschechoslowakischen Republik mit einer Begrüßung des Bundespräsidenten, Gen. Leopold Koppa, in Anwesenheit von 33 Delegierten und 4 Gästen, eröffnet. Nach der Bestellung des Präsidiums: Vorsitzende: Leopold Koppa und Paul Thomas, Schriftführer: Riedl-Brünn, Fuch-Prag begrüßte Abg. Gen. Schäfer die Tagung namens der Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg, Gen. L. Bözl für die Parteioorganisation und die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevorstellung in Aussig, Gen. Kraus für die Kreisgewerkschaftskommission in Aussig und Sekretär Feist für den deutschen Musikverband in der Tschechoslowakischen Republik. Begrüßungsschreiben haben gesendet: Die deutsche Bühnengestelltenchaft, der österreichische Bühnenverein, der Verband der Bühnenkünstler in der Schweiz und der Verband der deutschen Chorführer und Ballettangehörigen. Der Donnerstag war mit der Festsetzung der Tagesordnung, der Wahl der Kommissionen und dem Nachschaffungsberichte ausgefüllt. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Frage der praktischen Anwendung des Gesetzes über den Achtstundentag auf Theaterbetriebe in Anspruch. Aus der Rede, an der sich unter anderem mit längeren Ausführungen Präsident Koppa, Gen. Abg. Schäfer, Dr. Freund, Brünn, Gen. Kraus und Vorstandsmittglied Thomas beteiligten, ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Anwendung dieses Gesetzes auch auf Theaterbetriebe ohne weiteres möglich ist und mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Gen. Leopold Koppa wieder zum Präsidenten und Karl Kanninger zu seinem Stellvertreter gewählt.

Die vergewaltigte Justitia.



Faschistische Rechtsprechung ist Fortsetzung des Mordes mit andern Mitteln.

Die neuen Erzherzoge. Unter diesem Titel berichten die „Edovij Noviny“: „Am Montag waren die Reisenden des Brünner Schnellzuges Nr. 12, der von Prag um 15 Uhr 50 Minuten wegfährt, überrascht, als der Zug in Choben hielt, obwohl laut Fahrplan dieser Zug sonst dort nicht hält. Es zeigte sich, daß aus dem Schnellzuge ein Reisender ausstieg, der in einem reservierten Abteil gesessen hatte. Den Neugierigen, welche nach dem Namen des hohen Funktionärs, um dessen Willen der Fahrplan nicht eingehalten wurde, fragten, wurde die Antwort zuteil, daß es der Herr Abgeordnete Dr. Franke, Angehöriger der tschechoslowakischen sozialistischen Partei war. Wie bekannt, ist dies nicht der erste Vorfall dieser Art in Choben — Eine ähnliche Angelegenheit ist nämlich schon einmal geschehen. In einer Klubmännertagung des Senates wurde im heurigen Frühjahr eine Aufschrift des Eisenbahnministeriums verlesen, worin sich dieses darüber beklagte, daß ein Abgeordneter den Zug in Choben hatte halten lassen. Der Vizepräsident des Senates Dr. Soukup wandte sich damals ganz entschieden gegen das Vorgehen dieses Abgeordneten und erklärte, daß auf der Bahn ein Abgeordneter keine anderen Rechte habe, als all anderen Staatsbürger. Daß der Herr Dr. Franke hier entgegen den Weisungen des Eisenbahnministeriums und der Auffassung eines Koalitionsministers handelt, ist wirklich ein starkes Stück. Es ist ein Zeichen, daß die Macht der Führer der Koalitionsparteien so zu Kopf gestiegen ist, daß bei einzelnen von ihnen alle Anzeichen beginnenden Größenwahns festzustellen sind.“

Gebührender Empfang rumänischer faschistischer Studenten in Prag. Gestern langte eine Exkursion rumänischer faschistischer Studenten in Prag ein und besuchte unter anderem auch das Studentenheim am Albertov, das sogenannte „Inkubator“. Dort wurde ihnen aber von den in Prag Studierenden, unter denen sich viele Angehörige der rumänischen Minderheitsnationen befinden, ein gebührender Empfang bereitet. Sie und die ganze übrige nichtfaschistische und antifaschistische Studentenschaft, die die große Mehrheit bildet, pfiff die faschistischen Helben bei ihrem Einzug in das Heim aus und demonstrierte, in ruhiger und durchaus ungefährlicher Weise, gegen den Besuch der Herren aus Rumänien, die in ihrer Heimat mit Gewalt gegen alle Andersdenkenden und gegen Deutsche, Ungarn und Juden vorgehen, ihnen das Recht auf Studium rauben. Obwohl gar keine Gefahr vorlag, hatte der Direktor des Studentenheimes doch nichts Geringeres zu tun, als die Polizei zu rufen, der aber nichts anderes übrig blieb, als die jungen Herren Faschisten Rumänien aus dem Heim herauszuführen. — Es ist überaus erfreulich, daß die Studentenschaft ihrer Gegnerschaft gegen den Faschismus so kraftvoll und hier mit Erfolg Ausdruck verleiht.

Das stupide Feiertagsgesetz wird in der Praxis von dem Gesetzesmachern selber ab absurdum geführt. So hat jetzt das Post- und Telegraphenministerium bestimmt, daß der Ostermontag im Betriebe des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes als Feiertag zu betrachten ist. Die Telephon- und Telegraphengebühren werden wie an Wochentagen bemessen. Daß höchste Regierungsstellen und Behörden das Feiertagsgesetz nicht achten, beweist am besten seine Unmöglichkeit, den Widerspruch, in dem es zum Willen der gesamten Bevölkerung steht.

Einschränkung der Arbeiterbeförderung während der Osterfeiertage. Da am 5. April 1926 in den meisten Betrieben nicht gearbeitet wird, werden im Bereiche der Staatsbahndirektion

Prag-Nord die an Arbeitstagen verkehrenden Züge nicht in Verkehr gesetzt werden. — Diese Mitteilung der Staatsbahndirektion Prag-Nord ist eine weitere Bestätigung des von uns weiter oben Befagten.

Einführung einer Friedenshalbstunde in den Schulen. Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur setzte fest, alljährlich für den 28. März, dem Geburtstag J. A. Komenskys, und falls dieser auf einen Sonntag fällt, für den 27. März, eine Friedenshalbstunde in den Oberklassen der Volksschulen, sowie in den einzelnen Klassen der Bürger-, Mittel- und Fachschulen abzuhalten, in der die Schüler in einer ihrem Alter entsprechenden Weise über die Friedensbestrebungen der Kulturvölker belehrt werden. Begründet wird diese Anordnung mit dem Vorhandensein einer großen Sehnsucht nach der Sicherung des Weltfriedens bei allen Kulturvölkern. Besonders sind die Schulen mit den erhabenen Bestrebungen J. A. Komenskys beauftragt zu machen, mit dessen Andenken die Friedenshalbstunden zu beenden sind, also mit den Bestrebungen, die Menschheit dem ewigen Frieden auf Grund einer allgemeinen Bildung und Erziehung der Völker zuzuführen. — Was wohl der Kollege des Schulministers, der Herr Kriegsminister zu dieser „Friedenshalbstunde“ sagen wird?!

Tausend Eisenbahner im Olmüher Bereich vor dem Abbau! Dieser Tage kam nach Olmütz an die Staatsbahndirektion der Auftrag der Restriktionskommission des Eisenbahnministeriums, weitere 1000 Angestellte aus dem Bereiche der Staatsbahndirektion zu entlassen. Es steht schon heute fest, daß die Zahl der bei der Olmüher Staatsbahndirektion restringierten Angestellten 10 Prozent übersteigen werde. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist wohl zu fürchten, daß auch bei diesem Abbau die Deutschen unverhältnismäßig stark getroffen werden sollen. Es werden alle Mittel mobilisiert werden müssen, um das zu verhindern.

Zum Konflikt der Ärzteorganisation mit der Krankenkasse der Privatbeamten und Angestellten. Wir haben unsere Leser über den bestehenden Konflikt der Ärzteorganisation mit der Krankenkasse der Privatbeamten und Angestellten (Nemocenská pokladna soukromých úředníků a zřizenců) informiert. Auf Anfragen aus Leserkreisen teilen wir mit, daß in diesem Konflikt nicht die Erste Erste Krankenkasse der Handels- und Privatangestellten verwickelt ist. Fälschlich wurde von uns Prager Beamtenkrankenkasse geschrieben.

Abgeordneter Vinzenz Kraus gestorben. Gestern ist in Deutsch-Wald der Abgeordnete der Deutschen Nationalpartei Vinzenz Kraus gestorben. Kraus war von Beruf Gerbermeister und hat schon im alten österreichischen Abgeordnetenhaus, dem er als Deutschradikaler angehörte, vor allem die Interessen des Kleingewerbes vertreten. Er ist 61 Jahre alt geworden.

Fahrpreisermäßigungen bei Fahrten in die tschechoslowakischen Bäder. Das Eisenbahnministerium hat für auswärtige und auch inländische Besucher der tschechoslowakischen Bäder eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung für jede Wagenklasse und Zugsgattung unter folgenden Bedingungen bewilligt: 1. Mindestens zehntägiger Aufenthalt in den Bädern. 2. Ausländische Gäste weisen sich mit einem Reisepaß aus; die Reiseroute kann beliebig gewählt werden. 3. Die inländischen Besucher weisen sich bei der Bäderverwaltung nur mit einer Bestätigung aus, die beim Kauf der Fahrkarte die Klasse der Abfahrtsstation ausstellt und in der das betreffende Bad bezeichnet ist. 4. Jeder Besucher

erlegt bei der Hinfahrt den vollen Fahrpreis; die 50prozentige Ermäßigung erhält er erst nach Vorweis der Bestätigung der Bäderverwaltung bei der Rückreise. Diese Ermäßigung tritt mit 16. April in Kraft.

Sturz ins Grab. In einem Zwischenfälle kam es dieser Tage auf dem Friedhofe in Saaz. Die Trauergäste standen um ein offenes Grab verammelt, in das man den Sarg mit der Leiche bereits hinabgelassen hatte. Plötzlich stürzte ein etwa 20 Jahre altes Mädchen, das auf dem Erdbahnen beim Grab stand, mit einem Schrei, da der Boden unter ihr nachgab, in das Grab hinein. Dabei riß sie ihre Mutter, an die sie sich anhielt, mit sich, so daß beide Frauen auf dem Sarge saßen. Es kostete viele Mühe, die zu Tode erschrockenen Frauen wieder aus der Grube zu heben. Eine Frau, die in der Nähe stand, war vor Schreck in Ohnmacht gefallen.

Ausländer-Ausweisungen in Meran. Auf Grund des Ausländergesetzes wurden in Meran mehr als 50 Hotelangestellte, Kellner, Stubenmädchen, Diener usw., darunter Tschechoslowaken, die jahrelang in Meran bedienstet sind, entlassen. Nach dem Gesetze dürfen nicht mehr als fünf Prozent Ausländer in einem Hotelbetrieb angestellt sein. Der Besitzerin des Hotels „Meraner Hof“ wurde angeboten, ihr Betrieb werde gesperrt werden, wenn nicht die Zahl der Ausländer unter ihren Angestellten auf das gesetzlich höchste Maß von fünf Prozent vermindert würde.

Ein grauenhafter Selbstmord. Aus Nieder-Lindewiese (Schlesien) kommt die Nachricht, daß der in der Mitte der dreißiger Jahre stehende ledige Schmied Johann Hadenberg auf ganz eigenartige Weise Selbstmord verübte. Der Lebensmüde begab sich in die Feldschmiede, nahm dort eine Dynamitpatrone in den Mund und brachte sie sodann zur Entzündung. Es erfolgte ein furchtbarer Sprengschlag. Der Kopf wurde dem Selbstmörder vom Leibe gerissen und die Knochen und Hirtensfloßen im Raume umher. Auch die Fensterscheiben der Schmiede gingen bei dem Sprengschlag in Trümmer. Was Hadenberg bestimmte, auf diese grausige Art freiwillig aus dem Leben zu scheiden, ist nicht bekannt.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Sonntag:

Prag, 10.30 Kammermusik, 17—18 Militärkonzert, 18 deutsche Sendung, Frau Cien-Gitein, Lieder und Arien, 19.30 Konzert der Tschechischen Philharmonie und des phil. Chores. — Brünn, 10—11 Proben aus „Bajazzo“ 17—20 Orchesterkonzert. — London, 22.35—23.45 Opernkonzert. — Paris, 13.30 und 21.45 Konzert. — Berlin, 9, 11.30, 16.30 Konzert, 20.30 Sende-Spiele „Der Adormann aus Böhmen“, 21.15 Wajart-Arien. — Stuttgart, 11.30, 14, 16 und 20 Konzert. — Breslau, 20.10 Punter Abend. — München, 11 Glockenspiel vom Münchner Rathaus, 12 Morgenkonzert, 19.30 Populäres Sonntagskonzert. — Frankfurt, 12, 15.30 und 19.30 Konzerte. — Wien, 11 Konzert der Philharmoniker, 16 und 18.10 Konzert, 20 Goethes „Iphigene“.

Die nächstwöchige deutsche Arbeiterkundung am Montag! Wegen der Uebertragung eines Konzertes am Mittwoch mußte die nächstwöchige deutsche Arbeiterkundung auf den Montag, 7 Uhr abends, verlegt werden. Programm: Genosse Ed. Janetschek über das „Volklied“.

Die Leiden der Bevölkerung Teschens. Die Verwaltung unseres Blattes erhielt von einem Genossen in Teschen einen Brief, in dem die traurige Lage insbesondere der arbeitenden Bevölkerung der Stadt geschildert wird. Unter anderem schreibt er: „Sie haben keine Ahnung, wie die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung unter der schrecklichen Teilung der Stadt (zwischen der Tschechoslowakei und Polen. Ann. d. Red.) zu leiden haben. Ich habe einige Ersparnisse in der Teschener Sparkassa erliegen, die aber nicht behoben werden können, weil die Liquidierung noch immer nicht erfolgt ist, trotz verschiedener Vorstellungen berufener Körperschaften in den Ministerien. Ja, sogar die fälligen Waisengelder, die in gutem Gelde und lange vor dem Kriege erlegt worden sind, sind nicht zu ermitteln, geschweige denn zu bekommen. Und das alles, weil die Regierung seinerzeit die Sperre der Einlagen in den Geldinstituten verfügte. Der tschechische Bevollmächtigte bei der Plebiszit-Kommission gab der Bevölkerung eine Erklärung, daß man die Einlagen in den Banken deshalb nicht beheben dürfe, da diese von der Regierung einseitig durch die Banken zum Umtausch durchgeführt werden. In allen anderen Städten und Orten der Republik ist der Umtausch in der gesetzlichen Frist vor sich gegangen, nur Teschen mußte eine Ausnahme machen. So steht die Sache bei uns und niemand weiß, wann dieser Zustand ein Ende nimmt. — Auch unsere Vereinsgelder liegen tot und könnten viel zur Bänderung der Not beitragen. Vielleicht könnten Sie diesen Zeiten im Blatte Eingang verschaffen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie es um die Teschener Frage bestellt ist, damit die Sache einen Aufschwung nach vorwärts bekommt und die arme Bevölkerung zu ihrem Notgroschen gelangt, den sie sich im schweren Arbeitskamps für die letzte schwere Stunde vom Munde abgepart hat.“ Es wäre tatsächlich höchste Zeit, wenn sich die Regierung der in den letzten Jahren so schwer geprüften Bevölkerung von Teschen mit Energie annehmen würde.

Was sagt nun der D. S. B. zur „Freien Arztwahl in der Prager Beamten- und Angestelltenkrankenkasse?“ Zu dieser in unserer Folge vom 21. März gebrachten Notiz ersucht uns der Reichsverband der deutschen Ärztevereine in der Tschechoslowakischen Republik um nachstehende Richtigstellung: „Es ist unrichtig, daß die Ärzteschaft die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit der Krankenkasse der Privatbeamten und Angestellten in Prag I abgebrochen hat und mit 10. März denselben für ungültig erklärt habe. Diese Maßnahme erfolgte von der Krankenkasse der Privatbeamten und Angestellten, so daß nicht die Ärzteschaft, sondern die Kassa selbst den vertraglosen Zustand verursachte.“

Der Ziegenbock als Reisegepäck. Am Sonntag, dem 14. d. M. fand in Uttenendorf in Steiermark ein Wettkampf zwischen den Eisfischen Bram-

berg und Uttendorfs statt. Das Kampfstück war die Gewinnung eines dreijährigen Ziegenbocks. Als die Bramberger den Bock gewannen, herrschte darüber große Siegesstimmung, die in den verschiedenen Gasthäusern bis zum Abend immer noch begeistert wurde. Gäste und Ziegenbock wurden schließlich unter klingendem Spiel bis zum Bahnhof geleitet. Die Siegesbeute nahmen die Sieger gleich in das Jagscoupe mit; doch mit des Schicksals Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Das Jagscoupepersonal entdeckte sofort den seltsamen, gehörnten Jagspassagier. Da er auch keine Fahrkarte besaß, verweigerte die Bahnverwaltung die Weiterfahrt des Zuges, solange der Gast sich in diesem befindet. Nun erklärte die Sieger den Ziegenbock als — Handgepäck; doch die diensthabenden Eisenbahner konnten sich wohl erinnern, daß ganze Hotelkammern mit Fremden in den Sommermonaten unbesetzt als Reisehandgepäck in die Personenzüge mitgenommen werden dürfen, doch daß auch ein Ziegenbock als Handgepäck zu betrachten sei, konnten sie sich nicht entsinnen, um so mehr, als dieses merkwürdige Handgepäck der heimischen Bevölkerung und nicht Hotelgästen gehört. Kurz und gut — der Bock mußte in Uttenendorf zurückbleiben, weshalb während der Weiterfahrt des Zuges die Bramberger äußerst erbittert waren. Nachdem ihnen die Mitnahme des einen Bocks verweigert wurde, machten sie dann gleich mehrere Böde. Sie beschimpften den Revisionsbeamten auf das unflätigste, wobei sich ganz besonders der gewesene Bürgermeister von Bramberg hervortat, der sich wahrscheinlich einbildet, daß auch die Eisenbahner nach seiner Pfeife zu tanzen haben. Nun, dem gewonnenen Bock konnten die Eisenbahner die Beförderung verweigern, doch den geistigen Böden konnten auch sie nicht beikommen, weshalb sich mit dieser Angelegenheit noch das Bezirksgericht in Mitterndorf beschäftigten wird. Der in seiner Heimat in Uttenendorf zurückgebliebene Bock wird hiebei gegen seine Bramberger Konkurrenten als Zeuge geführt werden, weshalb zu befürchten ist, daß den Brambergern eine unangenehme Erinnerung an das Uttenendorfer Eisfischen zurückbleiben wird. Der kommende Geschichtsschreiber wird dann in seinem Schlußwort schreiben: In Bramberg werden Böde ohne Ziegenbock gemacht.

Wetterübersicht vom 26. März. Infolge fortwährender Erwärmung lag gestern das Prager Tagesmittel der Temperatur zum erstenmal seit 10 Tagen wieder über dem Normalwert. In Mittelböhmen sowie in den östlichen Ländern der Republik wurden nachmittags durchwegs mehr als 10 Gr. gemessen: Ungar meldet 18 Gr. C. In der letzten Nacht herrschte wieder durchwegs leichter Frost; Westmähren und die Nordslowakei hatten minus 5 bis minus 6 Gr. C. Wie am vorhergehenden Tage so war auch gestern der Südostrand des Staates mäßig bewölkt, das übrige Gebiet nahezu wolkenlos. In den Tälern Böhmens bildeten sich Frühnebel. — Wahrscheinliches Wetter von Samstag: Im Osten der Republik heiter, im Westen wechselnd bewölkt, keine oder nur leichte Niederschläge, weitere Erwärmung, Frühnebel, ruhig.

Volkswirtschaft.

Die Reform der Unfallversicherung.

Die Direktoren der Prager Unfallversicherungsanstalt Trnka und Habranek haben sich vor einigen Tagen über die notwendige Reform der Unfallversicherung geäußert. Beide Herren lehnen die Verknüpfung der Unfallversicherung mit der gesamten Sozialversicherung ab. Sie verlangen ferner eine Erweiterung der Unfallversicherung, insbesondere auf die Landwirtschaft und auf die kommerziellen Angestellten. Statt der bisherigen Gefahrenklassen sollen drei Gefahrenprozentklassen bestimmt werden und zwar ein niedrigerer Beitrag für die wenig gefährlichen Betriebe, ein mittlerer für die normalen und ein höherer für die gefährlichen Betriebe. Den Bevollmächtigten der Anstalt muß die Kontrolle der Unternehmungen gestattet werden. Die Zentralisierung der Unfallversicherung und die Errichtung einer einzigen Arbeiterunfallversicherungsanstalt für die gesamte Republik lehnen die beiden Referenten ab.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An der am 19. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahmen außer Purcell, der wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit am Erscheinen verhindert war, alle Mitglieder teil. (Zoubau, Mertens, Leipart und die drei Sekretäre Dudgeest, Sassenbach und Brown.)

Berufsekretariate: Der Vorstand beschloß die Einberufung einer Konferenz des Vorstandes mit der von der Konferenz der internationalen Berufsekretariate eingeleiteten Kommission zur Beratung der Beziehungen zwischen dem F. G. B. und den internationalen Berufsekretariaten. Diese Konferenz wird im Zusammenhang mit der nächsten Vorstandssitzung unmittelbar vor Abhaltung des Welt-Wanderungskongresses am 15. Mai in London stattfinden.

Arbeiterinnenbewegung: Die Frage der Abhaltung eines internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnentages oder einer gewerkschaftlichen Arbeiterinnenwoche wird in der nächsten, für den Herbst dieses Jahres in Paris anberaumten Sitzung des internationalen Frauenkomitees neuerdings besprochen werden.

Bergbaukrise in England: Bekanntlich nahm im letzten Jahre auf Wunsch des Britischen Gewerkschaftsbundes ein Vertreter des F. G. B. an den Sitzungen der britischen Tage teil, um den direkten Kontakt mit den anderen, dem F. G. B. angeschlossenen Ländern aufrecht zu erhalten. Da es im Hinblick auf den Ablauf der Subventionsperiode Ende April auch in diesem Jahre wieder zu entscheidungsvollen Verhandlungen kommen dürfte, wird sich Sekretär Brown zu gegebener Zeit zur Aufrechterhaltung der Ver-

bindung mit dem F. G. B. nach London begeben. Der Vorstand besaßte sich in diesem Zusammenhang eingehend mit der durch die neuesten Entwicklungen in der Bergbaukrise in England geschaffenen Lage. — Im übrigen schenkte der Vorstand einen großen Teil seiner Sitzung der Besprechung von Fragen der inneren Organisation. Die in London anberaumte nächste Vorstandssitzung wird am 17. Mai stattfinden.

Streiks und Ausperrungen im Feber 1926.

Laut Mitteilung des Statistischen Staatsamtes gab es im Feber insgesamt 18 (im Jänner 20) Streiks, davon 16 (19) Einzel- und 2 (1) Gruppenstreiks, in zusammen 25 (27) Betrieben. In den betroffenen Betrieben gab es 1105 (1803) Arbeitnehmer, von denen 960 (1428) streikten. Wegen Streiks Feierende gab es im Feber keine (im Jänner gab es 56 wegen Streiks Feierende, die im Jänner 1214 Arbeitstage versäumten und einen Lohnengang von 7933 K. hatten). Die Streikenden versäumten im Feber 14.685 (21.396) Arbeitstage und hatten einen Lohnengang von 372.276 (602.922) K. Insgesamt betrug also der Verlust an Arbeitstagen im Feber 14.685 (22.610) und der Lohnengang 372.276 (610.855) K.

Was die Gewerbelassen betrifft, so entfällt je ein Streik auf die Holzindustrie (mit 696 von den Streikenden versäumten Arbeitstagen), auf die Bekleidungsindustrie (84), auf die Papierindustrie (600) und auf die Industrie von Genussmitteln (25), je zwei Streiks auf den Bergbau (351) und auf die Metallindustrie (599), je fünf Streiks auf die Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas (3728), (für einen Streik fehlt die Zahl der versäumten Arbeitstage) und auf die Textilindustrie (8602).

Die Forderungen der Streikenden waren folgende: bei sieben Streiks Lohnerrhöhung (ein Streik hatte einen vollen Erfolg, vier einen Teilerfolg und bei zwei Streiks ist der Erfolg noch unbekannt), bei zwei Streiks keine Lohnherabsetzung (Teilerfolg), bei einem Streik Feuererhöhungszuschlag (voller Erfolg), bei einem Streik Nichteingührung von Akkordlohn (Erfolg unbekannt), bei einem Streik Auszahlung des zurückgehaltenen Lohnes (voller Erfolg), bei einem Streik Kündigungsrücknahme eines Arbeiters (voller Erfolg), bei einem Streik Bezahlung von Feiertagen (Erfolg unbekannt), und bei drei Streiks gab es „sonstige“ Forderungen (Erfolg unbekannt). Bei einem Streik sind die Forderungen noch nicht bekannt (Erfolg gleichfalls noch unbekannt).

Das Ergebnis der Streiks für die Arbeitnehmer war in vier Fällen ein voller Erfolg, in sechs Fällen ein Teilerfolg und in acht Fällen ist der Erfolg noch unbekannt. — Ausperrungen gab es im Feber keine.

Mein Patent

zum Kochen
Backen
Braten



Ceres

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt von der

Volksbuchhandlung Ernst Gattler, Karlsbad.

Alle Bücher

Hier liegt die Ursache



Das harte Granitpflaster der Straßen erfordert bei jedem Schritt volle Körperarbeit und bei irgend einem Leiden, wo körperliche Bewegung Notwendigkeit ist, wird schon nach wenigen Schritten eine Steigerung der Schmerzen verspürt.

Gallensteineleidende, Nierenkranke, Fußleidende und Nervöse sollten ihren Körper gegen die brutale Erschütterung beim Gehen schützen. Das einfachste und billigste Mittel sind **BERSON-GUMMIARSATZE**.

BERSON sind kein Luxus, sie sind sogar billiger und haltbarer wie Leder. Wer **BERSON** an den Schuhen trägt, wird die Wohltat des elastischen Schrittes nie mehr entbehren wollen.

liefert rasch und billig die

Volksbuchhandlung Kramar & Co. Tepitz-Schönau, Theresien-gasse 18-26

Großes Lager in preiswertem Gegenstande. Verzeichnisse senden wir auf Wunsch sofort zu.

Matador Sportwolle



Alpia Sportwolle

Garantiefzeichen **NW&K**

Ausschreibung.

In einem in Eigenregie des Verbandes zu führenden Ruheheim in Karlsbad, in welchem 60 Personen untergebracht und verpflegt werden sollen, gelangt die Stelle einer

Berwallerin (Berwaller)

zur Besetzung.

Bewerber, welche die entsprechende Eignung zur Führung des gesamten Wirtschaftsbetriebes auf Grund ihrer bisherigen Betätigung nachzuweisen vermögen, wollen ihre Angebote mit Angabe ihrer Familienverhältnisse bis längstens 4. April an den Reichsverband deutscher Krankenkassen in Prag I, Bartolomäuská 14, einleiden.

Benigstens teilweise Kenntnis der tschechischen Sprache erwünscht

Unbegrenzt haltbar! Leicht verdaulich!

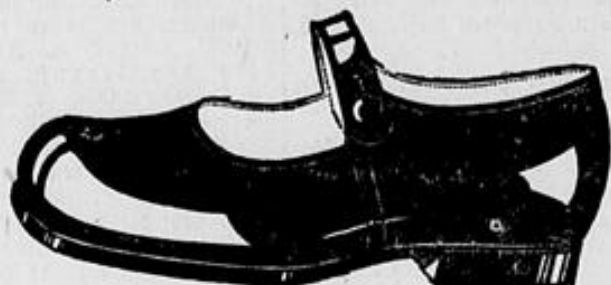
DER SIEGESZUG DES KINDES!

Favorit in der Schuhmode unserer Kinder ist der Spangenschuh aus Lackleder, Er ist geschmackvoller, billiger und dem Wohlbefinden des Fußes zuträglicher als der Schnürschuh. Er ist eine praktische Mode.

Die breite Form aller Arten unserer Kinderschuhe entspricht gleicherweise dem Wachstum des Fußes wie den Bedürfnissen des jugendlichen Temperamentes.

Namentlich der Lackschuh hat sich in dieser Hinsicht am besten bewährt. Er paßt zu jedem Gewande und läßt sich mit Hilfe eines weichen Flanell-Lappens leicht reinigen.

Das Kind findet Gefallen an schönem Schuhwerk, schont es gern und lernt so auf Reinlichkeit achten.



Neue Fortschritte in unserer Erzeugung ermöglichen uns eine bedeutende Ermäßigung der Preise von Kinderschuhen aus Lackleder.

Wir verkaufen:

- Nr. 22-24 für Kč 29^{.-}, früher Kč 35^{.-}—
- Nr. 25-28 für Kč 35^{.-}, früher Kč 39^{.-}—
- Nr. 29-34 für Kč 39^{.-}, früher Kč 49^{.-}—
- Nr. 29-36 für Kč 49^{.-}, früher Kč 59^{.-}—

Diese neuerliche Ermäßigung der Preise macht es allen Eltern möglich, ihre Kinder zum Frühjahr gut und billig zu beschuhen.

Besuchen Sie uns mit ihren Kindern in einer unserer nächsten Verkaufsstellen!

Aluta

Devienturie.

Prager Kurse am 26. März.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1355.50	1981.50
100 Reichsmark	893.87.50	807.87.50
100 belgische Franken	135.5	188.9
100 Schweizer Franken	450.75	653.75
1 Pfund Sterling	164	185.2
100 Lire	135	187.40
1 Dollar	33.70	34
100 iranische Franken	117.92.50	119.32.50
100 Dinar	59.57.50	60.07.50
10.000 ungarische Kronen	4.71.50	4.81.50
10 polnische Zloty	424.50	433.50
100 Schilling	477.75	480.75

Kunst und Wissen.

Klavierabend Ed. Steuermann am 7. April im Mozarteum. Am Programm: Beethoven-Sonate 109, Reger-Variationen, Ciaffaglia Sonatine, Vivaldi zwei Bagatellen, Busoni Carmen-Phantasie, Chopin Klavier bei Wepler, Truhlar, M. Urbanek.

Die Berliner Philharmonie gibt am 9. Mai im Luzerna-Saal ein einziges Konzert mit W. Furtwängler. Karten bei Wepler, Truhlar.

Liederabend Remeth und Vallanoff. Maria Remeth von der Wiener Staatsoper gibt mit dem Bariton George Vallanoff ein einziges Konzert im Luzerna-Saal am 8. April. Die Sängerin wird u. a. aus Tannhäuser, Trovatore, „Norma“ und Lieder von Strauß singen. Vallanoff singt aus „Bajazzo“, „Aida“, „Faust“. Karten bei Wepler und Truhlar.

Der 100. Geburtstag Tolstois. Am 28. August 1928 werden sich 100 Jahre seit der Geburt Tolstois vollenden. Das Tolstoi-Museum in Moskau erläßt in den Sowjetblättern einen Aufruf, in welchem alle Personen, die Originalhandschriften oder Briefe des Dichters besitzen, aufgefordert werden, solche zu dem genannten Tage, sei es als Geschenk, sei es durch Verkauf, zur Verfügung zu stellen. Die Aufforderung bezieht sich auch auf Urausgaben Tolstoischer Werke, Porträts des Dichters oder ihm nachstehender Personen, Bilder von Ortschaften, in denen er gewohnt hat, usw. Diese Aktion des Moskauer Museums ist gewiß sehr löblich. Man erinnert sich dabei aber der Tatsache, daß vor gar nicht langer Zeit sowjetrussische Behörden Werke Tolstois auf den Index verbotener Bücher gesetzt hatten. Hoffentlich ist man inzwischen dort doch zu der Ansicht gekommen, daß Tolstois Werke doch mehr als muscals Zwecke zu erfüllen haben!

Mittwoch „Parfisa“. Richard Wagners Weibefestspiel „Parfisa“ wird Mittwoch, den 31. d. M. zur einmaligen Aufführung gelangen. Die Komödie singt zum erstenmale Susanne Jicha-Göhl, den Anfortas zum erstenmale Hans Komrogg. Die übrigen Hauptpartien sind mit den Damen: de Garmo, Hart, Rollina Karst, Kwartin, Scharf und den Herren: Zellner (Parfisa), Hermann (Titirel), Horner (Gunnemann), Fuchs (Klingor) besetzt. Dirigent: Alexander Zelinsky.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag halb 8 Uhr „Die heimliche Brautschahrt“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Der Crisolow“, halb 8 Uhr „Der fröhliche Weinberg“, Montag 7 Uhr „Die Rose von Stambul“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag halb 8 Uhr abends Ensemblegastspiel des Auffiger Stadttheaters mit Hermann Feiner. Premiere: „Die Frau ohne Ruß“. Sonntag nach-

mittag 8 Uhr „Der wahre Jakob“, abends halb 8 Uhr Ensemblegastspiel des Auffiger Stadttheaters „Die Frau ohne Ruß“, Montag Gastspiel Leopold Kromer: Bankbeamtenvorstellung: „Papa“.

Turnen und Sport.

2. Arbeiter-Olympiade in Prag 1927.

Der Verband der tschechoslowakischen Arbeiter-Turnvereine in Prag hat die ersten Schritte zur Verwirklichung der II. tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade 1927 unternommen. Ende Jänner dieses Jahres wurde der Olympiade-Ausschuß, der aus 11 Unterabteilungen besteht, konstituiert. Zur Finanzierung der Olympiade wurde eine 5 K-Mitgliedssteuer ausgeschrieben und 10 K-Anweisungen zum freien Verkauf ausgegeben. Das Interesse für die Olympiade ist nicht nur in der Republik groß, sondern auch im Auslande und es ist die Hoffnung vorhanden, daß die II. Arbeiter-Olympiade durch ihre Größe noch imposanter sein wird, als die erste im Jahre 1921.

Aus der Partei.

Abg. Genosse Hillebrand bedarf auf Grund ärztlichen Antrats einige Zeit völliger Schonung. Etwaige für ihn bestimmte Korrespondenz ist an das Klubsekretariat, Prag, Rudolfsinum, zu richten.

Die Frauenversammlung in Görzdorf war sehr gut besucht. Den Vorsitz führte Genosse Seidel. Als Referentin war Genossin Kizpal erschienen, welche in fesselnder Weise die Forderungen des Frauentages besprach. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Versammlung wurde mit musikalischen Vorträgen eingeleitet.

Bezirkskonferenz Wildstein. Am 21. März wurde die ordentliche Bezirkskonferenz abgehalten; vertreten waren 11 Lokalorganisationen, die Jugendgruppen Schönbach und Fleiß, der Bezirksverband der Turnvereine und die Bezirksleitung durch zwölf Mitglieder; das Gebietssekretariat und die Kreisvertretung Karlsbad waren durch Genossen Stanel vertreten. Gen. Morawek führte den Vorsitz, die Berichte wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und die Entlastung einstimmig erteilt. Hierauf referierte Genosse Stanel über unsere nächsten Aufgaben, Bildungsarbeit, Frauen- und Jugendorganisation, Werbearbeit für die Parteipresse und Partei, sowie über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Eine nach diesen Grundfragen zusammensitzende, vom Referenten empfohlene Re-

Herausgeber Dr. Ludwig Geck.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher.
Druck: Deutsche Zeitungs-Dr. G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Politz.

solution fand einstimmige Annahme. Der Beitrag wird um 5 Heller ab 1. April erhöht. Bei Punkt Neuwahl gab es eine lebhafteste Debatte, es handelte sich darum, ob der Sitz der Bezirksleitung in Fleiß verbleibe oder zum Teil zu verlegen sei. Die Wahl ergab: Lorenz Kohl, Bezirksvertrauensmann, Ludwig Buchner-Schönbach und Räuml-Wildstein, Stellvertreter.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Ganz erfrischt

werden Sie sich nach einigem Gebrauch des altbekannten, in Qualität einzig dastehenden MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN

ALPA

fühlen. Verwendet denselben zu Umschlägen, bei hartnäckigen Fällen unverdünnt und sehr bald kehrt Ihre Energie und Lebenslust zurück.

ALPA

Laßt Euch jedoch keinen anderen verabreichen, als den einzig echten

ALPA

dessen gesetzl. gesch. Name volle Bürge leistet, daß Sie unter allen Marken, die allerbeste erhalten.

Überall erhältlich! — Preis Kč 5.—